

**AN DER SEITE KUBAS
VOR EINER ERWARTETEN REDE VON US-PRÄSIDENT BUSH:
SOLIDARITÄTSBEWEGUNG REAGIERT AUF KAMPAGNE GEGEN HAVANNA**

Von Harald Neuber

Ein Protestaufruf von Gegnern der sozialistischen Regierung Kubas hat international eine für die Initiatoren unerwartete Wirkung gehabt. Vielerorts gingen vom Wochenende bis zum gestrigen Dienstag mehr Menschen zur Unterstützung der Regierung Fidel Castros auf die Straße als Gegner. Anlaß für Proteste und Gegendemonstrationen war der 101. Jahrestag der ersten kubanischen Republik, die unter politischer Kontrolle Washingtons stand. Rechte Gruppen nutzten dieses Datum, um eine weitere Isolierung des Inselstaates auf internationaler Ebene zu fordern. Sie versuchen damit, von der derzeit sehr angespannten Lage zwischen den USA und Kuba zu profitieren. Zum zentralen Aktionstag in den Vereinigten Staaten waren am Sonnabend Castro-Gegner vor den kubanischen Interessenvertretungen in Washington und New York auf die Straße gegangen. Ihnen entgegen stand ein breites Bündnis von linken Organisationen und Menschenrechtsgruppen. Zu den Solidaritätskundgebungen in den USA riefen unter anderen die »Pastoren für den Frieden«, die Bewegung »Kein Krieg gegen Kuba«, die »All African Peoples Revolutionary Party«, Vertreter der FMLN aus El Salvador und das »Nikaragua-Netzwerk USA« auf.

Die Proteste der Castro-Gegner wurden weitgehend in den Schatten gestellt. Dabei war das Datum bewußt gewählt: Für Dienstag abend (Ortszeit) wurde eine Rede von US-Präsident George W. Bush zur künftigen Kuba-Politik Washingtons erwartet. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten hatten sich in den vergangenen Monaten massiv verschlechtert. Grund dafür war die offene Unterstützung von Gegnern der Regierung in Havanna durch James Cason, den US-Chefdiplomaten in der kubanischen Hauptstadt. Zudem hatten die US-Behörden seit Jahresbeginn überraschend keine Visa mehr für ausreisewillige Kubaner ausgestellt. Die Folge der Grenzschießung war ein rapider Anstieg von Schiffs- und Flugzeugentführungen auf Kuba. Dafür machte Havanna die US-Regierung direkt verantwortlich. Als Ende März dieses Jahres über 70 kubanische Kontaktleute der US-Behörden auf der Insel verhaftet wurden und über drei Entführer die Todesstrafe verhängt wurde, drohte die US-Regierung ihrerseits mit »ernsthaften Konsequenzen«. Kuba hatte wiederholt auf die Provokationen aus den USA als Ursache der Krise hingewiesen.

Die Hardliner in den USA haben nun einen doppelten Dämpfer erhalten. Am Montag wurde vor der US-nahen »Organisation Amerikanischer Staaten« (OAS) ein von US-Diplomaten vorgelegter Appell von den Verfassern eilends zurückgezogen. In dem Dokument sollte die »tiefe Besorgnis der OAS über die Menschenrechtslage auf Kuba« erklärt werden. Aber nur eine Minderheit der 34 Mitgliedsstaaten unterstützte den US-Aufruf. Auch die parallel organisierten Anti-Castro-Proteste waren wenig erfolgreich. Beobachter erwarteten auch deswegen von der Ansprache des US-Präsidenten am Dienstag abend wenig Neues.

Das Kräfteverhältnis von Gegnern und Unterstützern des sozialistischen Inselstaates zeigte sich unter anderem auf der Demonstration vor der kubanischen Botschaft in Berlin am Montag. Eine in den USA ansässige Exilorganisation hatte hier zum Protest gerufen, lediglich ein knappes Dutzend Castro-Gegner kam. Jorge Luis García Vázquez, der den Protest gegen Kuba angemeldet hatte, zeigte sich ratlos angesichts der Solidaritätskundgebung mit Havanna.

»Die anderen Demonstranten gehören doch alle zur Botschaft, es sind Regierungsmitglieder«, sagte der Sprecher und der einzige anwesende Vertreter der »Kubanischen Bewegung für eine demokratische Einheit«. Bei den Demonstranten auf der anderen Seite der Botschaft sah man das erwartungsgemäß anders. Rund einhundert Menschen hatten sich hier versammelt, um gegen die erneuten Angriffe auf Kuba zu protestieren. »Kuba wird in Washington in einem Atemzug mit Irak, Syrien oder Libyen genannt«, sagte Marion Gerber von der Solidaritätsorganisation »Cuba si«. Gegner der kubanischen Regierung wollten sich die internationale Situation zunutze machen, um Kuba als »Terrorstaat« zu diffamieren, vermutete sie. »Dagegen sind wir heute auf die Straße gegangen, und wie sich zeigt, sind wir in der Mehrheit«. Diether Dehm, stellvertretender Bundesvorsitzender der PDS, warnte vor einer Distanzierung von Kuba. »Ich bin zum Beispiel nicht mit der Todesstrafe einverstanden«, sagte er im Hinblick auf die Mitte April gegen drei Schiffsentführer auf Kuba verhängten Todesurteile. »Ohne daß ich mich mit dieser Politik identifiziere, bin ich aber natürlich weiterhin solidarisch mit Kuba«, so der PDS-Vize.